

Pressedienst Nr. 16562  
Freitag, 07. Juli 2023

Weingesetz und Ausbau Bäuerlichen Sorgentelefon durchs Parlament . . . . .	1
Wettermärkte und widersprüchliche Signale zu Getreidedeal schicken Preise rauf und runter . . . . .	2
IG Pflanzenschutz kritisiert: EU-Kommission negiert Ertragsverlust als Folge der SUR . . . . .	4
Schwaches Angebot kann am EU-Schweinemarkt ruhige Nachfrage gerade decken . . . . .	5

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## Weingesetz und Ausbau Bäuerlichen Sorgentelefons durchs Parlament

### Stärkung der Position regionstypischer Weine und psychosozialen Beratungsangebots

Wien, 7. Juli 2023 (aiz.info). - In der letzten Session vor der Sommerpause beschloss der Nationalrat in Wien am Donnerstag mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grünen und NEOS eine Novelle des Weingesetzes sowie einstimmig eine EntschlieÙung zum "Bäuerlichen Sorgentelefons", wonach das psychosoziale Beratungsangebot für Bäuerinnen und Bauern ausgebaut werden soll. Um die Regelungen für DAC-Weine stärker mit den EU-Bestimmungen über den Schutz von geographischen Angaben in Einklang zu bringen, wird der Begriff der "ortsübergreifenden Weinbaugemeinde" im Weingesetz verankert. Es soll ein zusätzliches Alleinstellungsmerkmal für die österreichischen Spitzenweine darstellen, so Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig**

Mit der Novelle sollen regionaltypische Weine nicht nur rechtlich abgesichert, sondern auch besser vermarktet werden können. Das Qualitätssystem mit 17 DAC-Gebieten mache die österreichischen Weine unverwechselbar und stelle die Herkunft der Weine in den Vordergrund, sagte der Minister. Die Gesetzesänderung wertete er als einen Beitrag zur Verbesserung der Marktchancen der österreichischen Weinwirtschaft. Zudem wird die EU-rechtlich vorgeschriebene Ernte- und Bestandsmeldung auf eine elektronische Form umgestellt, um Verwaltungsvereinfachungen und eine Verbesserung der Datenlage zu erreichen. Vorgesehen sind Strafen bei Verstößen gegen die Meldepflichten. Diese lehnen die Freiheitlichen ab. Schummeln funktioniere nicht und würde am Markt kein Vertrauen schaffen, meinte dementsgegen laut Parlamentskorrespondenz der VP-Abgeordnete **Johannes Schmuckenschlager**. Die bisherigen Verwaltungsstrafe hätten sich als zu schwach erwiesen. Sie hätten die Betriebe nicht ausreichend motivieren können, um die Dokumente vorzulegen.

### Ausbau des "Bäuerlichen Sorgentelefons"

Gemäß einer von den Regierungsfractionen eingebrachten und einstimmig verabschiedeten EntschlieÙung soll das psychosoziale Beratungsangebot für Bäuerinnen und Bauern - das "Bäuerliche Sorgentelefon" und weitere Beratungsangebote im Rahmen des Projekts "Lebensqualität Bauernhof" - ausgebaut werden. Zudem soll eine Studie Erkenntnisse zur Arbeitsbelastung sowie zu psychischen Belastungen und Erkrankungen in der Landwirtschaft liefern. Begründet wird die Initiative mit den oft schwierigen Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft wie fehlendem Urlaubs- und Krankenstandanspruch, Geldsorgen, Nachfolgeproblemen oder Vereinsamung.

Das Zusammenspiel dieser Faktoren bringe ein erhöhtes Belastungspotential mit sich, das sich häufig auf die Psyche auswirke, sagte die Bauernbundabgeordnete **Irene Neumann-Hartberger**. Besonders im landwirtschaftlichen Bereich sei dies oft mit Scham behaftet, weshalb mit dem Sorgentelefon als niederschwellige Unterstützung dafür gesorgt werden soll, dass die Hemmschwelle herabgesetzt wird. Die flächendeckende individuelle Beratung der Landwirtschaftskammern hob sie wie auch **Josef Hechenberger** als weiteres wichtiges Angebot hervor. (Schluss)

## Wettermärkte und widersprüchliche Signale zu Getreidedeal schicken Preise rauf und runter

Russland pokert um Anbindung von Agrarbank an SWIFT - Ukraine entspannt

Wien, 7. Juli 2023 (aiz.info). - Widersprüchliche Signale Russlands zur Verlängerung des Schwarzmeer-Getreidedeals über den 18. Juli hinaus, nervöse Wettermärkte zum Beginn der Erntesaison auf der Nordhalbkugel sowie Gewinnmitnahmen nach zwischenzeitlichen Preissprüngen schicken die Preise von Getreide, Mais und Ölsaaten weiterhin munter rauf und runter. FAO und OECD untersuchten in ihrem agrarischen Ausblick 2023 bis 2032 (Zusammenfassung unten als Download) die Auswirkungen steigender Düngemittelpreise auf die Erzeugerpreise. Demnach treibe jedes Prozent Verteuerung von Düngemitteln die Preise von Agrarprodukten um 0,2% in die Höhe - dabei die von pflanzlichen Produkten stärker als die von tierischen. Bis auf die Vermarktung kleiner Restmengen von Brotweizen alter Ernte ist am österreichischen Kassamarkt wieder Ruhe eingekehrt, nachdem sich die kurzfristige Nachfragebelebung und Befestigung beim Mais wieder gelegt haben.

Die UN-Organisationen für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) und wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) gehen des Weiteren davon aus, dass der Ukraine-Krieg weiterhin für Unsicherheit bei Nahrungsmittel-, Energie- und Inputpreisen sowie bei der Angebotslage sorgen werde. Der in Kalorien berechnete Zuwachs des Nahrungsmittelkonsums solle sich vor diesem Hintergrund in den kommenden zehn Jahren auf jährlich 1,3% verlangsamen, auch weil sich die Zunahme der Weltbevölkerung und der Pro-Kopf-Einkommen einbremse. Bei den Futtermitteln steige die Nachfrage in den ärmeren Ländern, die beim Fleischkonsum aufholen wollten, schneller als bei den reicheren. Treibender Faktor für die Steigerung der pflanzlichen Produktion sei weniger die Ausweitung der Anbauflächen als die Steigerung der Produktivität - nämlich zu 79% durch Ertragssteigerungen.

Russland pokert um Anbindung von Agrarbank an SWIFT - Ukraine entspannt

Beim Poker um die Verlängerung des Getreidedeals zu den sicheren Exportkorridoren für die Ukraine über das Schwarze Meer nach dem 18. Juli übt Russland Druck aus, seine Agrarbank nach dem Ausschluss aller Institute des Landes im Zuge der Sanktionen wieder in das internationale Zahlungssystem SWIFT einzubinden. Dies solle Ausfuhren von Agrarprodukten und Düngemitteln erleichtern. Aus Moskau kommen dazu widersprüchliche Signale von Ablehnung einer Verlängerung des Getreidedeals bis zu Verhandlungsbereitschaft. Die UNO als ein Vermittler des Deals und die EU, wo alle Mitgliedstaaten der Einbindung der russischen Agrarbank in SWIFT zustimmen müssten, zeigen sich besorgt um die Versorgungssicherheit der ärmsten Länder der Welt, wiewohl China bisher der größte Abnehmer ukrainischer Agrargüter im Zuge des Getreidedeals war (siehe Link unten: Internationale Getreidemärkte korrigieren mit Wetter und Russland heftig runter und rauf). Da eine Einstimmigkeit in der EU zu den russischen Bedingungen als unwahrscheinlich gilt, stelle die Kommission nun eine Konstruktion über die Gründung einer Tochterfirma der Agrarbank, die dann Zugang zum Zahlungssystem erhalten solle, in Aussicht.

Wie immer der Poker ausgehen mag, am ehesten entspannt zeige sich laut Brancheninsidern die ukrainische Seite. So heißes von Marktteilnehmern aus der Ukraine, man sei gar nicht mehr auf den Getreidedeal angewiesen, weil man das Exportpotenzial des Landes mittlerweile mittels des Umschlags der Ware im rumänischen Donaudelta auf Hochseeschiffe und von dort aus über den nicht ins Kriegsgeschehen involvierten Bereich des Schwarzen Meeres auf den Weltmarkt bringen

könne. Diese Alternative zum Getreidedeal sei schon deshalb wichtig, weil auch im Falle der Verlängerung ein weiteres Sabotieren der Umsetzung durch Russland in Form verzögerter Schiffsinspektionen zu befürchten sei.

Wettermärkte von verschiedenen Einflussfaktoren bestimmt

Einflussfaktoren auf die Wettermärkte waren diese Woche unter anderem Berichte des US-Landwirtschaftsministeriums USDA. Demnach verzögern Regenfälle die Ernte von Winterweizen in den USA, bislang sind erst 37% eingebracht, während es zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres 52%v gewesen sind. Überraschend verschlechterte sich die Bonitierung der US-Sommerweizenbestände, für die der Regen zu spät gekommen sei, im Wochenabstand um 2% auf nur mehr 48% sehr gut oder gut nach 66% vor einem Jahr. Ebenso ging es mit der von Sojabohnen um 1% auf 50% sehr oder gut hinunter nach 64% vor einem Jahr. Der Regen verbesserte hingegen die Bewertungen des Mais in den USA zur Vorwoche um 1% auf nunmehr 51% in den beiden besten Kategorien.

Zudem hätten laut dem Ressort die US-Farmer für die Ernte 2023 um jeweils 9% mehr Ackerfläche mit Weizen und Mais bestellt als im Vorjahr sowie um 4% weniger mit Sojabohnen. Der vierteljährliche Lagerstandsbericht per Anfang Juni weist im Jahresabstand 6% weniger Maisbestände, um 18% verringerte von Soja und um 17% kleinere von Weizen aus. Dabei lagerte aber auf den Farmen um 34% mehr Weizen als vor Jahresfrist, bei Handel und Verarbeitern aber um 25% weniger.

In Russland hätten zuletzt zwar die Exportpreise von Weizen angezogen, doch hob die Analyse Agritel die Prognose für die russische Weizenernte von 83,2 auf 85,7 Mio. t an und machte ein Rubelverfall ein Gros des Preisanstiegs wieder zunichte. Russischer Weizen bleibt deshalb gefragt und das Exporttempo hoch. Andere Analysten sagen Frankreich überdurchschnittliche Hektarerträge von bis zu 5% über dem Schnitt des letzten Dezenniums voraus. Strategie Grains kürzte die Prognose der EU-Maisernte um 0,9 Mio. t auf 61,2 Mio. t.

Trotz Russland-Konkurrenz stieg 2022/23 Weichweizenexport der EU um 12%

Trotz harter Konkurrenz aus Russland exportierte die EU laut den jüngsten Kommissionsdaten im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2022/23 mit 31,14 Mio. t nativem Weichweizen um 12% mehr als 2021/22, dazu noch 0,48 Mio. t Weichweizenmehl und 0,74 Mio. t Durum. Größte Exporteur in der Union war wieder Frankreich vor Rumänien und Deutschland. Als größten Weizenkunden löste Marokko mit gut 4,68 Mio. t (2021/22: 2,00 Mio. t) und 15% Anteil Algerien (4,08 Mio. t oder 13,2% nach 4,95 Mio. t bzw. 18%) ab, es folgen Nigeria, (2,81 Mio. t) Ägypten (1,80 Mio. t) und Saudi Arabien (1,72 Mio. t).

Als größter Lieferant von Weizenimporten in die EU überflügelte 2022/23 die Ukraine (5,71 Mio. t und 62% nach 0,36 Mio. t oder 14%) das Vereinigte Königreich 1,81 Mio. t oder 20% nach 0,51 Mio. t oder 20%). Weizeneinfuhren aus Russland gingen von 0,48 Mio. t auf 0,30 Mio. t zurück.

Nur Weizen an der Euronext im Wochenabstand behauptet

An der Euronext in Paris konnte sich der Schlusskurs von Weizen zur Lieferung im September vom Freitag voriger Woche bis Donnerstag dieser Woche nach vorerst einem Abschwung und einem

Sprung nach oben am Mittwoch leicht von 230,75 Euro auf 233,00 Euro/t befestigen. Dementgegen verloren die Kontrakte auf Mais zur Lieferung im August von 230,50 auf 227,50 Euro/t und von Raps mit Fälligkeit August von 4449,75 auf 443,50 Euro/t. Alle drei Pariser Agrar derivative starteten mit Verlusten in den Freitagshandel.

Weiterhin gespanntes Abwarten am österreichischen Kassamarkt

Bis auf die Vermarktung kleiner Restmengen von Brotweizen alter Ernte ist am österreichischen Kassamarkt wieder Ruhe eingekehrt, nachdem sich die kurzfristige Nachfragebelebung und Befestigung beim Mais wieder gelegt haben. Die Stimmung beschrieben Marktteilnehmer rund um die Notierungssitzung der Wiener Produktenbörse mit "gespanntes Abwarten", welche Mengen und Qualitäten die neue Ernte beringen werde. Bis dahin zeigen sich die Mühlen ausreichend mit Brotgetreide gedeckt. Maisverarbeiter würden infolge der schwachen Konjunktur und Nachfragesituation sogar weiterhin die Abnahme von Lieferungen aus bestehenden Kontrakten zu hinauszuzögern versuchen. Als generelles Problem wird in der Branche die Logistik betrachtet. Die flau allgemeinwirtschaftliche Lage lasse es an Retourfrachten mangeln, sodass trotz ausreichend freier Kapazitäten Transportkosten jüngst teilweise bis zum Doppelten gestiegen seien.

Mühlen aus Italien, von wo aus der schon gestarteten Weizenernte 10% niedrigere Erträge als im Vorjahr und durchwachsene Qualitäten kolportiert werden, interessierten sich zwar für österreichischen Aufmischweizen, es seien aber noch keine Einigungen über Preise zustande gekommen.

Aus der hierzulande laufenden Gerstenernte wird auch teilweise von späteren, tiefgründigeren Standorten von zwar guten, aber unter den Erwartungen liegenden Erträgen sowie mancherorts von durch Krankheiten geminderten Hektolitergewichten und zu niedrigen Proteingehalten bei Winterbraugerste berichtet. In Wien notierte Futtergerste unverändert zur Vorwoche. (Schluss) pos

## **IG Pflanzenschutz kritisiert: EU-Kommission negiert Ertragsverlust als Folge der SUR**

Seit 2011 ein Viertel der Wirkstoffe weniger und Lebensmittelimporte verdoppelt

Wien, 7. Juli 2023 (aiz.info). - Heftige Kritik über die Industriegruppe Pflanzenschutz (IGP) daran, dass die EU-Kommission in der Debatte um die Sustainable Use Regulation (SUR) eine Reihe negativer Folgen negiere. Seit 2011 sei ein Viertel der Wirkstoffe zum Schutz von Pflanzen verloren gegangen, gleichzeitig hätten sich die Lebensmittelimporte nahezu verdoppelt. "Angesichts dieser Zahlen Ertragsverluste wegzuwischen, die durch die Sustainable Use Regulation (SUR) in ihrer jetzigen Form drohen, ist grob fahrlässig", so **Christian Stockmar**, Obmann der IGP.

"Die zunehmenden Hitzetage werden den Kulturen zusetzen und Erträge und die Qualität des Ernteguts mindern. Zudem ist wissenschaftlich belegt, dass der Druck durch Schaderreger aufgrund des Klimawandels in den nächsten Jahren steigen wird. Kulturen wie Zuckerrübe, Kartoffel oder Ölkürbis sind bereits jetzt massiv von Wirkstoffverlusten betroffen. Hier wird es - wie seit 2014 beim Raps - zu massiven Rückgängen bei der Anbaufläche kommen, wodurch die Fruchtfolgen als wichtige pflanzenbauliche Maßnahmen weiter verarmen. Die Versorgung Europas mit Lebensmitteln aus einer regionalen Landwirtschaft wird damit ernsthaft gefährdet", kritisiert Stockmar in weiterer

Folge. Er warnt zudem vor steigenden Lebensmittelpreisen, die für viele Haushalte nicht leistbar sein würden.

Weiterhin blind sei die EU-Kommission auch gegenüber dem technologischen Fortschritt und Innovationen in den Bereichen Landtechnik und Robotik. Dadurch würden in den nächsten Jahren Reduktionen im Pflanzenschutz möglich sein, aber "es braucht Ziele mit Augenmaß statt illusionären und pauschalen Pi-mal-Daumen-Vorgaben. Eine zukunftsfitte Landwirtschaft nutzt moderne Lösungen und Betriebsmittel. Mit steinzeitlichen Pflanzenschutzmaßnahmen werden wir den kommenden Herausforderungen nicht begegnen können", so Stockmar. (Schluss)

## **Schwaches Angebot kann am EU-Schweinemarkt ruhige Nachfrage gerade decken**

Diese Woche niedrigste Schlachtzahl in Österreich seit EU-Beitritt - Notierungen stabil

Wien, 7. Juli 2023 (aiz.info). - Die Gemengelage am EU-Schweinemarkt lasse sich in den letzten vier Monaten mit unveränderten Worten beschreiben, so **Johann Schlederer**, Geschäftsführer der Österreichischen Schweinebörse: Ein rekordniedriges Angebot von 10 bis 15% unter dem Durchschnitt trifft auf träge, inflationsgebremste Fleischnachfrage, die Schlacht- und Zerlegebetriebe zahlen im umkämpften Wettbewerb großzügig Geld, um die Auslastung der Betriebe zu sichern. Aktuell tendieren Angebot und Nachfrage weiter nach unten. Zum einen, weil in der Sommerhitze die Schweine langsamer wachsen, zum anderen, weil urlaubsbedingt zahlreiche Verbraucher aus den Ballungszentren für mehrere Wochen Richtung Süden ziehen. Vor diesem Hintergrund zeigt sich das Preisgefüge EU-weit unverändert stabil.

In Österreich sind die Schlachtunternehmen seit Wochen unausgelastet. Mit weniger als 80.000 Schlachtungen in der zu Ende gehenden Kalenderwoche 27 verzeichnet man den tiefsten Wert seit EU-Beitritt. Ebenfalls einen Minusrekord erzielt das Schlachtgewicht. Mit 97,6 kg liegt man heuer erstmals unter 98 kg. Damit wird der Fleischmarkt ca. 20% unter den üblichen Vorjahreswerten beschickt. Es sei wohl der inflationsgeschwächten Kaufkraft geschuldet, dass trotzdem am Fleischmarkt bislang kein wirklicher Engpass verspürt werde. An der österreichischen Schweinebörse einigte man sich im Rahmen dieser Umstände auf eine unveränderte Notierung für Mastschweine von 2,54 Euro/kg (Berechnungsbasis: 2,44 Euro) und 1,96 Euro/kg für Zuchten (Berechnungsbasis: 1,86 Euro). Für Ferkel werden in der KW 27 4,10 Euro angegeben und eine durchschnittliche Preisdifferenz zum bayerischen Ringferkel von rund 2,95 Euro pro Stück angegeben. (Schluss)